



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn

André Wyss
Kantonsrat Solothurn



Sessionsbericht 5./6./13. Mai 2026

Manchmal wünscht man sich, dass die Öffentlichkeit stärker wahrnimmt, worüber und wie der Kantonsrat debattiert. Am zweiten Tag der Mai-Session konnten wir aber froh sein, dass die Besuchertribüne leer war und beim Livestream nicht all zu viele Zuschauer mit dabei waren. Denn bei der Beschliessung des neuen Motorfahrzeuggesetzes lieferte der Kantonsrat ein desolates Bild ab. Ganze Fraktionen schienen ungenügend vorbereitet und stimmten daher «falsch» ab, was im Anschluss zu vielen Diskussionen und Rückkommensanträgen führte. Das Chaos war perfekt.

Nötig wurde die Revision des [Motorfahrzeuggesetzes](#), weil das gegenwärtig geltende Gesetz bereits 65 Jahre alt und nicht mehr zeitgemäss ist. Aktuell gilt eine Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge. Dadurch sollten E-Fahrzeuge gefördert werden. Der Effekt hielt sich jedoch in Grenzen. Wegen dieser Steuerbefreiung kauft kaum jemand ein E-Auto. Andere Faktoren, wie z.B. der Kaufpreis und/oder das Vorhandensein der Ladeinfrastruktur, sind deutlich wichtiger für den Kaufentscheid. Da zudem auch E-Autos die Strasseninfrastruktur nutzen, scheint es logisch und sachgerecht, dass auch sie einen Teil an die gesamten Infrastrukturkosten beisteuern. Das neue Gesetz kommt einfach verständlich daher und wurde schlussendlich doch noch und mit einer grossen Mehrheit (84:3, bei 5 Enthaltungen) angenommen.

Auch eine Woche später glänzte der Kantonsrat nicht: Nach der Pause war rund 1/5 der Plätze leer. Dies, weil – Achtung – ein Anlass organisiert wurde, für welchen sich einige der Kantonsräte angemeldet haben. Sie gewichteten also die Teilnahme am Anlass höher als die Präsenz im Rat, was bei einigen der Zurückgebliebenen grosses Unverständnis auslöste. Als direkte Folge wurde sehr kurzfristig ein Antrag seitens FDP gestellt, dass ein Geschäft von ihnen noch vor der Pause behandelt, also vorgezogen werden soll. Der Grund des Antrages war offensichtlich: Damit sollte erreicht werden, die drohende Ablehnung zu verhindern, welche sich aufgrund der Abwesenheiten und somit der fehlenden Stimmen nach der Pause abzeichnete. Der Antrag zur Vorverschiebung wurde mit Hilfe der SVP und einer Stimme Differenz zwar knapp angenommen; die Strategie ging dennoch nicht ganz auf, denn dem Auftrag selber wurde schliesslich – noch knapper, mit Stichtentsscheid der Präsidentin – gleichwohl nicht zugestimmt.

In dieser Session ging es auch um die Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG) unter dem Titel «[Selbstbestimmung am Lebensende in Pflegeheimen](#)». Im Kern geht es hier darum, dass in Zukunft die Alters- und Pflegeheime Sterbehilfeorganisationen den Zutritt für die Durchführung von Suiziden erlauben müssen. Aktuell haben die Heime ein Wahlrecht: Rund die Hälfte lassen Sterbehilfeorganisationen zu, die andere Hälfte verbietet dies. Mit dem neuen Gesetz werden nun alle zur Zulassung verpflichtet. Für das Gesetz spricht, dass Personen, die Suizid begehen wollen, dies in ihrem vertrauten Umfeld tun können. Dagegen sprechen insbesondere ethische Fragen. Gab es beim damaligen Auftrag noch eine relativ grosse Minderheit, die sich gegen die Änderung wehrte, so waren es dieses Mal nur noch knapp ein Dutzend.

In Kürze

Einig war man sich dabei, dass das [Polizeikorps](#) aufgestockt werden soll. Im Rahmen vom nächsten Budgetprozess wird sich zeigen, ob alle Fraktionen dann auch wirklich bereit sind, die dafür nötigen finanziellen Mittel zu sprechen. Weitere Themen waren [Lärmblitzer](#), [Tempo 30](#) und das [Kernkraftwerk Gösgen](#).

Die nächste Session findet am 23./24. Juni und 1. Juli 2026 statt.

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Ein Einzelvotum hielt ich zur Änderung des [Gesundheitsgesetzes](#). Sterbehilfe widerspricht für mich dem Grundsatz «du sollst nicht töten», weshalb ich als einer der wenigen Standhaften gegen die Ausweitung der Suizidhilfe stimmte.

Ein weiteres Einzelvotum hielt ich beim erwähnten Auftrag der FDP mit dem Titel «[Pensen stärken](#)». Hier ging es um jede Stimme. Wir, die Mitte/EVP-Fraktion, setzten uns für einen vom Regierungsrat vorgeschlagenen Kompromissantrag ein. Bei der Ausmarchung zwischen Original und Regierungsrat obsiegte der Kompromissantrag dann auch äusserst knapp. Anschliessend wurde der Auftrag aber – paradoxerweise «dank» der FDP – gänzlich versenkt.

Inzwischen beantwortet wurde meine kleine Anfrage zum «[Fachkräftemangel im Pflegebereich](#)». Der Regierungsrat zeigt dort mit konkreten Zahlen auf, dass – ohne zusätzliche Massnahmen – schon in naher Zukunft diverse Stellen im Pflegebereich nicht besetzt werden können.

André Wyss